Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 5 (1925-1926)

Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nationale Erziehung mit Staatsunterstützung. — Südnachbarliches. — Die französische Schule in Basel.

Im Nationalrat ist soeben ein Gegenstand erledigt worden, der von größerer Tragweite für die Zukunft unseres Landes ist, als nach der Behandlung, die er schließlich erfahren hat, geschlossen werden könnte. Schon vor einiger Zeit hat der Ständerat die Erklärung des Bundesrates — seine Vorlage vom 3. Dezember 1917 betreffs „Beteiligung des Bundes an den Bestrebungen für die Förderung der nationalen Erziehung" zurückzuziehen — zur Kenntnis genommen und das Geschäft von der Traktandenliste abgesetzt. Desgleichen ist jetzt seitens des Nationalrates geschehen, nur mit dem Unterschied, daß dessen vorberatende Kommission gleichzeitig mit der Zustimmung zu diesem Vorgehen dem Rate ein Postulat in Vorschlag brachte, wodurch der Bundesrat zur erneuten Prüfung der Frage eingeladen wurde, wie der Bund die nationale Erziehung des heranwachsenden Geschlechts fördern könnte. Der Rat hat dieses Postulat mit 84 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Geschlossen dagegen stimmten die Katholisch-Konservativen; so gut wie geschlossen die welschen Abgeordneten der verschiedenen Parteien. Dafür stimmte die Mehrzahl der Freisinnigen und Bauern der deutschen Schweiz und ein Teil der Sozialdemokraten; der andere Teil der Sozialdemokraten enthielt sich der Stimme.

Unter den Gründen, die gegen das Postulat einer erneuten Beschäftigung des Staates mit der Frage der nationalen Erziehung des heranwachsenden Geschlechts aufgeführt wurden, sind sowohl die von welscher wie die von katholisch-konservativer Seite geltend gemachten bemerkenswert. Von welscher Seite (De Dardel und Perrier) wurde die Meinung vertreten, daß die Motion Wettstein vom Jahre 1915, die der jetzt zurückgezogenen Vorlage des Bundesrates vom 3. Dezember 1917 zugrunde lag, unter den damaligen Zeitumständen Dringlichkeit besessen und einem gewissen, allgemein gefühlten Bedürfnis entsprochen habe; heute sei das keineswegs mehr der Fall; die Vaterlandsliebe sei im ganzen Land tief und die nationale Einheit gefestigt; die Urheber des jetzigen Postulates erstrebten im Grunde eine vollständige Erneuerung des Unterrichts, ein Werk von viel größerem Ausmaß, als die Motion Wettstein jemals im Auge gehabt habe; der schweizerische Patriotismus werde aber durch die Gesamtheit der regionalen Patriotismen gebildet; Unterricht und Erziehung fallen in den Bereich der Kantone; das Postulat würde einen neuen Vorstoß des Zentralismus bedeuten; und schließlich sei die Vaterlandsliebe etwas zu Hohes und Tiefes, als daß sie sich auferlegen oder durch Verteilung der Verfassungstexte erwecken lasse. In ähnlichen Gedanken bewegten sich die Argumente der Katholisch-Konservativen; u. a. wurde dagegen Stellung genommen, daß besondere Kurse für staatsbürgerlichen Unterricht, wie im Postulat vorgeschlagen, staatliche Unterstützung erhielten; und schließlich wurde auch die Schaffung einer mittleren eidgenössischen Normalgesinnungsweise abgelehnt.

Dem Postulat selbst waren seitens der befürwortenden Kommissionsmehrheit zuhanden des Bundesrates mehrere „Vorschläge" beigegeben, unter denen einige besondere Beachtung verdienen, weil aus ihnen hervorgeht, wie ungefähr die Urheber sich die Förderung der nationalen Erziehung denken; es sind nämlich die beiden Vorschläge, der Bund soll an die Kosten der Bestrebungen der Kantone zur Einführung der jungen Lehrkräfte ins praktische Leben und an die Kosten für die Ausbildung von Lehrkräften für die nationale Erziehung Beiträge leisten. Es ist klar, daß derartige Vorschläge viel weiter zielen als die mehr oder weniger auf das Bedürfnis des Augenblicks gerichtete Motion Wettstein vom Jahre 1915. Wer in erster Linie an die Ausbildung und Erziehung der Erzieher, der

Lehrkräfte, und nicht nur der Zöglinge denkt, rechnet mit ganz anderen Zeiträumen. Seine Bestrebungen nehmen damit aber ein ganz anderes Ausmaß an und werden auch grundsätzlicher Natur. Dieser neue Charakter des Postulats der nationalrätlichen Kommission ist von welscher Seite ganz richtig erkannt und gekennzeichnet worden.

Die Frage ist nun, sind staatserzieherische Bestrebungen von so weittragender Bedeutung notwendig? Lassen gewisse innere und äußere Zustände unseres staatlichen Lebens sie als dringlich und unumgänglich erscheinen? Nationalrat Hardmeier, der mit Nationalrat Waldvogel zusammen wohl zu den Haupturhebern des betreffenden Postulates und seiner Vorschläge zu zählen ist,*) wies im Nationalrat zur Begründung des Postulates auf die erschreckende Gleichgültigkeit eines Großteils des heranwachsenden Geschlechts gegenüber staatlichen und öffentlichen Dingen hin. Dieser Feststellung kann sich heute kaum jemand verschließen. Sie muß alle diejenigen, die über den Tag hinaus auch an das Morgen denken, mit Sorge erfüllen, gerade weil die nächsten Jahrzehnte unser Land vor schwierige Fragen staatlichen Um- und Neubaus stellen dürften, die nur ein dazu angeleitetes und geschultes Geschlecht befriedigend zu lösen vermögen wird. Darum will uns scheinen, die Sorge, die die Urheber des betreffenden Postulates leite, und ihre weitgehenden Forderungen nach Erneuerung und Vertiefung der nationalen und staatsbürgerlichen Erziehung, seien nur allzu berechtigt. Der von welscher Seite zur Schau getragene Quietismus: es stehe ja heute alles zum Besten, dürfte in der Wirklichkeit kaum begründet sein. Einleuchtender wirkt da schon das katholisch-konservative Argument: die Schaffung einer mittleren eidgenössischen Normalgesinnungsweise sei nicht erstrebenswert.

Damit kommen wir auf den springenden Punkt. Kann und soll die staatsbürgerlich-nationale Erziehung des heranwachsenden Geschlechts durch den Staat selbst erfolgen (mit der staatlichen Unterstützung bestimmt der Staat natürlich auch die Richtlinien der Erziehung)? Und diese Frage führt zu der weiteren Frage: wer ist denn dieser Staat? Gibt es überhaupt den Staat? Ist nicht auch „Staat" immer nur ein ganz besonderer Status einer Lebensgemeinschaft; als rechtlich niedergeschlagene Form vielleicht durch mehrere Generationen hindurch fast unverändert sich gleichbleibend, aber als Inhalt, als jeweiliger Zustand der betreffenden Lebensgemeinschaft mit jeder neuen Generation ein anderer?

Man blättere einmal in den Protokollen eines x-beliebigen politischen oder unpolitischen Vereins aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und vergleiche damit eigene Vereinserlebnisse aus jüngeren Jahren. Wie war damals alles von einem Mittelpunkt aus belebt, habe dieser Staat, Fortschritt, Freiheit geheißen. Und was war und ist im Vergleich dazu die zusammenhanglose Beschäftigung unseres Geistes: indische Heilige, Weltfriedensträume, sportliche Akkrobatik; Vieles, aber nicht viel. In den fünfzig Jahren nach Schaffung des Bundesstaates gab es nur eine vorherrschende Richtung im Staats- und Geistesleben; und entsprechend gab es nur eine Partei, die in den staatlichen Dingen den Ausschlag gab; diese Partei war sozusagen der Staat; staatlich-nationale Erziehung war ganz vorwiegend Erziehung im Sinne der politischen und geistigen Vorstellungs- und Begriffswelt dieser Partei. Heute ist das anders. Heute sind es vier hauptsächliche Parteien, von deren Willen und Entscheid das Heil des Staates abhängt; zu ihnen kommt noch der zwar nicht parteimäßig organisierte, aber bei lebenswichtigen Fragen sich oft um so stärker geltend machende Gegensatz der Landesteile. Der „Status" der schweizerischen Lebensgemeinschaft von 1925 ist ein ganz anderer als derjenige in den 60er oder 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Im heutigen „Staat" ist

*) Der Kommissionsmehrheit gehörten außerdem an: je ein welscher und ein deutschschweizerischer Sozialist; zwei Bauern, und ein freisinniger Tessiner, was beachtenswert ist; im Tessin empfindet man, besonders in Anbetracht der künftigen neuen Einbürgerungspraxis, die Notwendigkeit nationaler Erziehung eben sehr stark.

es nicht ein vorherrschender Wille, der den Ausschlag gibt und von dem man sagen könnte, er sei der Staat. Der Staat, das sind heute eigentlich seine Beamte; diese tragen die äußere Form des Staates und halten die Maschinerie im Gang. Es wird gegenwärtig viel über den überhandnehmenden Bureaukratismus geschimpft. Mit vollem Recht. Aber man übersieht dabei gewöhnlich, daß der Bureaukratismus nur Folge ist und daß die Ursache viel tiefer liegt. Unser Staat funktioniert überhaupt nur noch als Beamtenstaat, denn mit einem halben Dutzend Willensrichtungen und Staats- und Weltanschauungen kann man weder regieren noch verwalten. So geht notwendigerweise das Amt in die Hand des „neutralen" Sachbeamten über.

Kann man aber mit so verschiedenen Willensrichtungen nicht fruchtbar regieren und verwalten, so kann man damit noch viel weniger staatsbürgerlich-national erziehen. Von katholischer Seite lehnt man die staatsbürgerliche Erziehung mit Staatshilfe ab, weil man darin nur eine Fortsetzung der freisinnigen Staats- und Weltanschauungserziehung der vergangenen Jahrzehnte wittert; von welscher Seite, weil man davon eine Stärkung des Zentralismus befürchtet, der dem Deutschschweizertum beherrschenden Einfluß gewähren würde; unentschlossen zeigt sich die Sozialdemokratie, die zwar theoretisch das Hineinwachsen in den „bürgerlichen" Staat ablehnt, aber in der Praxis es durchaus nicht verschmähen würde, dessen Hilfsmittel zur Förderung ihrer Parteizwecke zu verwenden (die deutsche Sozialdemokratie hat in den vergangenen Jahren Beispiele dafür geliefert).

Um diesen Einwänden zu begegnen, ist in den „Vorschlägen" der Nationalratskommission ausdrücklich hervorgehoben worden, daß an freiwillige Kurse, die der Erweiterung und Vertiefung der nationalen Erziehung dienen wollen, Bundesbeiträge geleistet würden, sofern diese Kurse „sich über politisch und konfessionell neutrale Ausgestaltung ausweisen". Damit wird aber zugleich der innere Widerspruch, die innere Unmöglichkeit offenbar, die in dieser Forderung staatsbürgerlich-nationaler Erziehung mit Staatsunterstützung bei unsern heutigen staatlichen Verhältnissen liegen. Neutral sein heißt: sich von etwas enthalten. Staatsbürgerliche Erziehungskurse können sich also wohl enthalten, direkt den Zwecken irgend einer Partei zu dienen; aber das, was in ihnen gelehrt wird, kann nicht neutral sein. Erziehen heißt einen Menschen zum Wirken und Tätigsein anleiten; die Begriffe und Vorstellungen, die ihm vermittelt werden, sollen dazu dienen; eine neutrale Erziehung wäre eine Erziehung zum Nichtwirken und Nichttätigsein. Das ist aber ein Unding. Nationalrat Hoppeler hat einer solchen Auffassung gegenüber mit Recht auf die Notwendigkeit geistigen Stellungnehmens hingewiesen und den zutreffenden Vers zitiert:

„Zum Hassen und Lieben
Ist alle Welt getrieben;
Es bleibt uns keine Wahl,
Nur der Teufel ist neutral."

An diesem inneren Widerspruch mußte das Begehren der nationalrätlichen Kommission scheitern. Die an sich so dringliche staatsbürgerlich-nationale Erziehung des heranwachsenden Geschlechts kann unter den heutigen Umständen nicht mit staatlicher Hilfe und unter offizieller Oberaufsicht erfolgen. Was dann?

Darüber, wie auch über das notwendige Auseinanderhalten der außenpolitischen und innenpolitischen „Neutralität" wird ein ander Mal zu reden sein. Für heute nur so viel: Sollte es nicht möglich sein, den richtigen Kern, der trotzdem auch in der Forderung nach einer „neutralen", nämlich über den jetzigen Parteien stehenden Erziehung liegt, herauszuschälen und in weitausschauender, auf lange Sicht eingestellter Arbeit für die verschiedenen Willensrichtungen eine Synthese, für die verschiedenen Staats- und Weltanschauungen einen Oberbegriff, einen gemeinsamen Nenner zu finden? Und in dieser umfassenden Anschauung, die selbst durchaus nicht „neutral", sondern als solche durch und durch positiv, wertesetzend und stellungnehmend wäre, die „Lehrkräfte für die nationale Erziehung" zu schulen, die dann erst

eine neue Generation auf das Neubauen von Staat und Gemeinschaft vorbereiten?

* * *

Eine offiziöse Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur berichtete unterm 30. November aus Bern, daß der Bundesrat vor einigen Wochen die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung auf den „Catechismo del Balilla", sowie auf die Statuten der „Societa Palatina" gelenkt habe; die Gründe, die den Bundesrat zu diesem Schritte veranlaßten, seien von der italienischen Regierung gewürdigt worden und diese habe sich bereit erklärt, demgemäß zu handeln. Man wird den Bundesrat zu seinem Vorgehen nur beglückwünschen können. Das benachbarte Ausland soll wissen, daß man bei uns nicht schläft und sich darüber im Klaren ist, was dort gespielt werden will. Bei dieser Gelegenheit scheint sich der Bundesrat auch mit dem irredentistischen Ableger im Tessin, der „Adula", beschäftigt zu haben (nach den Angaben dieses Blattes selbst eine halbe Bundesratssitzung lang). Kaum ohne Grund. In einer Einsendung des „Popolo e Libertà" wird Frau Rosetta Parini-Colombi, die Mailänder Redaktorin dieser „Adula", mit aller Bestimmtheit als die „Hauptverfasserin des berüchtigten Werkes La Questione Ticinese" bezeichnet. Der Mann dieser Frau Rosetta Parini-Colombi, Herr Piero Parini, ist Präsident der „Societa Palatina". Adula, Questione Ticinese und Societa Palatina ist also im Grunde ein und dasselbe. Sofern diese Leute ihre Treibereien im Ausland praktizieren, bleibt dem Bundesrat nur die Vorstellung bei der betreffenden Regierung; gegen das, was im eigenen Land geschieht, kann — und muß — er aber mit fester Hand zugreifen. Ein Wink mit dem Zaunpfahl nach dieser Richtung dürfte von niemand mehr begrüßt werden als von den gutschweizerischen Tessinern selbst.

Die Wirkung des Schrittes des Bundesrates bei der italienischen Regierung wird sich im Laufe der Zeit zeigen müssen. Sollte die Satzungsänderung, die die Palatinagesellschaft des Herrn Parini vorgenommen hat, schon dazu zu rechnen sein, so wäre sie nicht gerade hoch einzuschätzen. Nach einer Wiedergabe der „Gazette de Lausanne" hätte die betreffende Stelle des Art. 2 dieser Satzungen jetzt nämlich den Wortlaut:

> „Vor allem wird diese Gesellschaft geschichtliche Untersuchungen pflegen, die die italienische Schweiz, Südtirol und die Gebiete der Adria betreffen."

Vorher hatte es geheißen:

> „Vor allem wird die Gesellschaft ihre Bestrebungen auf die italienischen Gebiete richten, die noch unter fremden Regierungen stehen und besonders auf die italienische Schweiz."

Die Bestrebungen der Palatina wären demnach in dem Sinne erweitert worden, daß sie neben den „noch unter fremden Regierungen stehenden Gebieten", wie die italienische Schweiz und gewisse Gebiete der Adria, nun auch noch bereits schon eroberte Gebiete, wie das Südtirol, mit ihren „geschichtlichen Untersuchungen" beglücken will. Oder sollte der Rahmen vielleicht in dem Sinne und in dem Zusammenhang erweitert werden, auf den vor einigen Wochen der Nordtiroler Abgeordnete Straffner im Nordtiroler Landtag anläßlich seiner Anfrage an den Landeshauptmann anspielte:

> „Im August des heurigen Jahres wurde bereits aus Mailand gemeldet, daß sich dort ein faschistisches Komitee gebildet habe, das sich die Aufgabe gestellt hat, Propaganda für die Eroberung Nordtirols zu betreiben. Begründet wurde die geplante Landnahme damit, daß Italien Nordtirol als Aufmarschgebiet für einen umfassenden Angriff auf die Schweiz benötige. Aus diesem Grunde soll die Vinschgaubahn möglichst rasch ausgebaut werden."

Einiges Befremden hat die Art hervorgerufen, wie die Öffentlichkeit von dem Schritte des Bundesrates in Kenntnis gesetzt wurde. Zwölf Tage vor der offiziösen Agenturmeldung konnte man nämlich in der „Gazette de Lausanne"

durch deren Berner Berichterstatter Andeutungen über diesen Schritt lesen und die erste bestimmte Meldung brachte das Organ der französischen Regierung im Elsaß, das „Journal de l'Est", das sich den Sachverhalt durch seinen Berner Gewährsmann Bovet-Grisel hatte telephonieren lassen. Muß man daraus schließen, daß gewisse Unterabteilungen des Politischen Departements heute noch genau so beschaffen sind, wie zur Zeit der Abfassung der berüchtigten Denunziationsschrift gegen die seinerzeitigen Völkerbundbeitrittsgegner, des „Berichtes Nr. 36", wo bekanntlich der Gewährsmann französischer Regierungsorgane, Bovet-Grisel, auch als Gewährsmann des Politischen Departements figurierte?

* * *

Über die französische Schule in Basel, auf deren Gründung wir in unserer Novemberumschau hingewiesen hatten, ist die Öffentlichkeit nun durch die Erklärungen der baslerischen Regierung im Basler Großen Rat vom 10. Dezember unterrichtet worden. Es handelt sich demnach nicht um eine Schule des französischen Staates, sondern einer französischen Privatgesellschaft (einer „Société d'écoles françaises"). Sie soll ausschließlich den Kindern der in Basel wohnenden französischen Bahn- und Zollbeamten offen stehen. Der Regierungsrat von Basel hat es einstimmig abgelehnt, dem französischen Gesuch um kostenlose Überlassung von Schullokalen zu entsprechen. Er behält sich vor, falls sich bei Ausübung seiner Aufsichtspflicht irgendwelche Mißstände zeigen sollten, auf die ganze Frage zurückzukommen. Der Interpellant, Universitätsprofessor Dürr, verhehlte nicht seine Zweifel, ob diese Privatgesellschaft über genügende Geldmittel verfügen werde zum Betrieb der Schule, erklärte sich aber sonst von der erhaltenen Auskunft befriedigt. Unter den Ausführungen des Interpellanten verdient die folgende noch besondere Hervorhebung (nach dem Bericht der „National-Zeitung"):

> „Ohne uns in innerfranzösische Angelegenheiten einmischen zu wollen, wäre es ein starkes Stück, wenn wir im alemannischen Basel dazu mithelfen sollten, die alemannischen Elsässer zu französisieren, wie das ein französisches Blatt verlangte."

Ein ziemlich starkes Stück ist es allerdings schon, daß ein französisches Blatt überhaupt so etwas zu verlangen wagt! Der Deutschschweizer scheint eben bisher allen Anlaß gegeben zu haben, daß man ihm auch das zumuten durfte.

Zürich, den 21. Dezember 1925.

Hans Oehler.

Die Debatten in der Bundesversammlung über das Militärbudget 1926.

Es ist nicht leicht, sich ein vollständiges und objektives Bild über die langwierigen Verhandlungen zu machen, die im eidgenössischen Parlament während der diesjährigen Dezembersession über die Höhe des Voranschlages der Militärausgaben gepflogen wurden. Einmal ist die Zeitungsberichterstattung darüber oft sehr lücken- und mangelhaft, dazu manchmal mehr oder weniger parteipolitisch gefärbt. Auch wenn man sich die Mühe nimmt, mindestens vier oder fünf Blätter verschiedenster Parteirichtungen zu konsultieren, so erhält man noch immer kein richtiges Bild über die in der Debatte gefallenen Äußerungen. Einer wörtlichen Berichterstattung solcher Verhandlungen in den Zeitungen stehen natürlich schon rein technische Hindernisse entgegen. Andrerseits genügen gerade möglichst eingehende Berichte über so wichtige Fragen, um sich ein sicheres Urteil über den Inhalt der verschiedenen Voten zu verschaffen. Mit stenographischem Können ist noch wenig erreicht; vor allem muß der Berichterstatter Wert und Unwert der Reden unterscheiden können. Das verlangt

im vorliegenden Fall politisches und militärisches Verständnis. Von diesen Rapporten über die Frage der Landesverteidigung, die allgemein interessiert, hängt nämlich sehr viel ab; denn nach ihnen bildet sich ein Teil der öffentlichen Meinung. Gewiß ist es eine recht heikle Aufgabe dieses Abwägen, was erwähnenswert und was nicht; gar oft ist der Inhalt gewisser Reden teilweise so unbedeutend, daß man dem Bürger nicht zumuten darf, mit ihrer Lektüre unnötig sich abgeben zu müssen. Andrerseits sind gerade auch z. B. die Argumentationen der Linken zufolge ihrer bisweiligen Oberflächlichkeit geeignet, dem Bürgerlichen das Urteil darüber, wo „die Sache Faden hat", zu erleichtern. Wir Bürgerlichen brauchen auch hier gegnerische Angriffe keineswegs zu fürchten. — Die Verhandlungen an Ort und Stelle zu verfolgen, dürfte nur den allerwenigsten Bürgern möglich sein. Das gedruckte stenographische Bulletin endlich enthält leider keinen Niederschlag dieser so wichtigen Verhandlungen. Es sei aber heute doch schon versucht, eine kleine Übersicht über ihren Gang zu geben, wobei natürlich schon des Raumes halber die Argumentationen der zahlreichen Votanten auch nicht einmal skizziert werden können. Es wird sich vielleicht später einmal Gelegenheit bieten, auf die eine oder andere der in den Räten vorgetragenen Begründungen der verschiedenen Standpunkte näher einzugehen. Wenn auch die Debatten an und für sich nicht viel Neues brachten, so handelte es sich immerhin um eine wichtige Frage: nicht nur um die militärische Arbeit unseres Heeres im kommenden Jahr, sondern um die Frage der Landesverteidigung, der zufolge der auch bei uns aufgeworfenen Abrüstungsfrage erhöhte Bedeutung zukommt. Das Problem ist bekanntlich keineswegs etwa ein rein militärtechnisches, sondern ebenso sehr ein politisches, das weite Kreise zur Zeit beschäftigt. Dieser Umstand dürfte es rechtfertigen, auch an dieser Stelle die Verhandlungen in großen Zügen festzuhalten.

Die Wogen gingen schon im **Ständerat** hoch; höher als dies in der sonst so sachlich und ruhig diskutierenden Kammer üblich ist. Daß die Sozialdemokratie, die seit 1917 die Militärkredite grundsätzlich ablehnt, ihnen auch diesmal wieder opponieren würde, war vorauszusehen. Es stellten nun aber ihre Ständevertreter nicht wie gewohnt den Antrag auf gänzliche Ablehnung der Kredite, sondern verlangten nur Rückweisung des Budgets mit dem Auftrag, die Militärausgaben auf den Stand herabzusetzen, wie er im Zeitpunkt war, als der Völkerbund die Staaten einlud, ihre Ausgaben nicht zu vermehren (also wohl auf den Stand von 1923). Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. — Das Überraschende war nun aber, daß diesmal auch eine bürgerliche Partei, die katholisch-konservative, einen Rückweisungsantrag stellte mit dem Verlangen, es seien die Ausgaben von 87,8 Millionen, wie budgetiert, auf 85 Millionen herabzusetzen. Hatte schon dieses rein zahlenmäßige Reduktionsbegehren an und für sich etwas Stoßendes, weil es willkürlich war, so verstärkte sich dieser Eindruck, als die Fraktionsredner jeden Hinweis darauf, wo denn noch gespart werden könne, unterließen. Leichter hätte man sich wahrlich die Sache nicht machen können. Man verlangt eine Herabsetzung in runder Summe, punctum. Ob und wie dies geschehen könne, das auszuklügeln überließ man füglich dem Bundesrat. Nun hatte aber unsere oberste Exekutive gerade auch das Militärbudget scharf unter die Lupe genommen, es sogar dreimal, nicht nur einmal, durchgangen und dabei 11 Millionen abgestrichen, sodaß nur noch die durch das Gesetz unbedingt geforderten Ausgaben stehen blieben. Daher gebot denn auch der Kriegsminister ein kräftiges Halt den Begehren, die sich — um Ersparnisse zu machen — leicht über das Gesetz hinwegsetzen wollten. Selbst die Linke mußte anerkennen, daß kein einziger ungesetzlicher Posten im Budget figuriere. — Man konnte daher die Haltung der katholisch-konservativen Partei nur schwer verstehen. Ein sozialdemokratischer Redner warf denn auch, nicht sehr liebenswürdig, aber vielleicht nicht ganz zu Unrecht, der genannten Partei vor, sie treibe mit ihrem Antrag hier Popularitätspolitik. Zugleich aber lag in der Stellungnahme dieser Rechtspartei eine unentschuldbare Inkonsequenz, die nicht zu vertuschen war. Denn erst ein Jahr ist es her, seit die neue Truppenordnung, die am 1. Juli 1925 in Kraft trat, von den Räten, unter Zustim-

mung auch dieser Partei, angenommen worden war. Sie aber brachte vor allem auch die Rückkehr zum Gesetz, das man jahrelang verletzt hatte. Und lediglich auf diese Rückkehr zum Gesetz ist bekanntlich die Erhöhung des Budgets für 1926 um 2,8 Millionen zurückzuführen (Nachholen eines Teils des ausgefallenen Rekruten-Jahrganges; Durchführung der Landwehrwiederholungskurse; Neuanschaffung von Material zufolge Verbrauches von Vorräten aus der Zeit der Kriegsmobilmachung). Konsequenz war noch nie die Stärke der Parlamente, das zeigte sich hier leider erneut. Die außerordentlich geschickte und nicht minder energische Abwehr dieses Antrages durch den Vorsteher des Militärdepartementes, sowie die Haltung der Finanzkommission des Ständerates, welche Zustimmung zum Budget beantragte, bewirkten wohl in erster Linie, daß das Budget schließlich im Ständerat genehmigt wurde mit 21 gegen 13 Stimmen. Gleichzeitig gelangte das Postulat Schöpfer zur Annahme, das den Bundesrat einlädt, zu prüfen, welche Maßnahmen geeignet seien, um „1. dem Anwachsen der Militärausgaben Halt zu gebieten; 2. eine zweckmäßige Herabsetzung der Militärausgaben herbeizuführen in dem mit den Interessen der Landesverteidigung verträglichen Maße." Die Mehrausgaben, die sich gegenüber dem laufenden Jahr eigentlich auf 7 Millionen belaufen würden, versuchte man durch zwei Maßnahmen zu reduzieren; einmal durch die sicher gerechtfertigte Herabsetzung der bisherigen Soldansätze, sowie durch den Beschluß, daß inskünftig jeder Rekrut an das erste Paar Schuhe (welches beiläufig erwähnt den Bund 51—64 Fr. kostet, und das dem Rekruten seit 1917 gratis abgegeben wurde; weitere Paare erhält er nach gewisser Dienstzeit zu herabgesetzten Preisen) einen Beitrag von Fr. 12.— zu leisten habe. Die letztere Maßnahme würde jährliche Ersparnisse von Fr. 336,000—288,000 (je nach den Rekrutenbeständen) ermöglichen, die erstere solche von 1,3 Mill. Franken. Der Beschluß über die Fußbekleidung erfuhr mit 18 gegen 11 Stimmen Annahme, der über die Soldansätze eine solche mit 31 gegen 3 Stimmen. Immerhin führten die beiden kleinen Vorlagen doch zu lebhafter Meinungsäußerung. Die Herabsetzung der Soldansätze erscheint gerechtfertigt und zwar ohne, daß man noch zur Begründung vergleichsweise auf die geradezu peinlich niedrigen Ansätze ausländischer Staaten hinweisen zu müssen glaubt, wo die Leute zudem nicht nur, wie bei uns, 14 Tage bis 10 Wochen im Dienst sind, sondern 12 Monate und mehr. Geteilter Meinung aber kann man in guten Treuen darüber sein, ob nicht die Abgabe des ersten Paares Schuhe weiterhin gratis erfolgen sollte. In den 12 Fr., die jeder Rekrut beitragen soll, läge doch eine für ihn (man denke nur an die Leute aus Gebirgsgegenden, sowie an Unbemittelte, von denen oft gerade die anständigen begreiflicherweise nur ungern an ihre Armenbehörde gelangen) recht erhebliche Belastung. Sodann steht aber im Vordergrund, daß die gesamte Bewaffnung, wie die übrige Ausrüstung (Uniform, Kopfbedeckung und Tornister) dem Manne gratis bezw. leihweise abgegeben wird. Soll man nun bei den Schuhen, die zweifellos einer der wichtigsten Ausrüstungsgegenstände bilden, eine Ausnahme machen? Es läge in einer solchen ein letztes, überlebtes Überbleibsel aus jener Zeit, da der Wehrmann für seine Ausrüstung und Bewaffnung aus eigenen Mitteln aufzukommen hatte. Und wenn man befürchtet, daß der Mann die Schuhe durch außerdienstliches Tragen vorzeitig verbrauche, so wäre event. eine Deponierung in den Zeughäusern ein Abhilfsmittel.

Die ganze Stellungnahme des Ständerates zur Frage der Landesverteidigung ist sicher, trotzdem sie im Endresultat begrüßenswert, ein Zeichen der Schwäche. Es rächt sich nun, daß gewisse Führer dem Volk allzu lange die These vom angeblich bereits verwirklichten ewigen Frieden gepredigt haben; daß man die Bedeutung des Völkerbundes, der Schiedsabkommen und anderer internationaler Verträge als Instrumente zur Erhaltung des Friedens überschätzte. Daraus mußte sich schließlich, wenn vielleicht auch nur scheinbar, ein Widerspruch herauskristallisieren. Gegen einen solchen, unvereinbaren Gegensatz, der, wie behauptet wird, zwischen unserer Schiedsgerichtspolitik einerseits und der Steigerung der Militärausgaben andererseits bestehen soll, wandte sich unser Außenminister schon im vergangenen Jahr anläßlich der Beratung der neuen

Truppenordnung. Aber er kam mit dieser Abwehr sichtlich schon zu spät; er vermochte die gerufenen Geister nicht mehr zu bannen. Sonst hätte doch gewiß nicht ausgerechnet die Fraktion, der Bundesrat Motta angehört, Anträge auf Reduktion der Militärausgaben gestellt, wie dies in der Militärdebatte nun der Fall war.

Man kann für den Frieden eintreten, ja jeder vernünftige Mensch wird dies tun müssen; — man wird ihn mit allen reellen Mitteln erstreben und doch eine kräftige Landesverteidigung fordern können. Aber man kann nicht behaupten, daß jede kriegerische Verwicklung in Europa unmöglich oder doch ihr Ausbruch durch den Völkerbund und durch Schiedsgerichtsverträge verunmöglicht sei, und doch gleichzeitig an der Vervollständigung und dem Ausbau unseres Heerwesens weiterarbeiten. Entweder bieten diese Institutionen und Verträge restlose Sicherheit für den Frieden Europas (was wohl nur ein Phantast oder ein blinder Optimist behaupten könnte), dann ist jede Armee überflüssig. Oder man gibt zu, daß wesentliche, unvermeidbare Mängel[1]) diesen neugeschaffenen Institutionen wie den Verträgen anhaften, sodaß Kriege in Europa nicht in jedem Fall verhindert werden können; dann ist es Pflicht gegenüber unserem Volk, die Armee kriegstüchtig zu erhalten und die Mittel hiefür zu bewilligen. Um diese Grundeinstellung ging recht eigentlich der Kampf über das Militärbudget in den beiden Räten. Welche Auffassung auch heute noch die weitaus herrschende ist, das zeigte der Ausgang der Schlußabstimmung eindeutig.

Man brauchte kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß der Kampf um das Militärbudget im **Nationalrat** noch viel höhere Wellen werfen werde als im Ständerat. Dafür sorgt schon die Zusammensetzung dieser an Mitgliedern so zahlreichern (198 Mann) sog. „Volksvertretung". Die Kammer zeigte durch ihre langatmige und dabei an neuen Argumenten doch so armen Debatte, mit wie wenig Berechtigung sie diesen Namen eigentlich trägt. Das Volk denkt in seiner überwiegenden Mehrheit nicht so, wie gewisse Redner der Opposition bis in die Rechte hinein, von denen viele sich von ihren Wählern so arg abhängig fühlen, behauptet haben. Stoff für lebhafte und lange Diskussionen (es waren nicht weniger als 24 Redner zur Eintretensdebatte eingeschrieben!) war ja genügend vorhanden. Einmal gehörte dazu der auch in dieser Kammer vorgebrachte Reduktionsantrag der katholisch-konservativen Partei, den wir oben erwähnten. Er wurde hier von Balestra, einem Bürger aus dem Heimatkanton unseres derzeitigen Außenministers, mit viel Aufwand vorgetragen. Sodann hatte sich der, schon im Ständerat durch einen Angehörigen der sozialpolitischen Gruppe eingebrachte Antrag auf Streichung des Kredites von Fr. 991,000 für die Landwehrwiederholungskurse (er wurde dort mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt) zu dem gleichlautenden Antrag der nationalrätlichen Finanzkommission verdichtet, wodurch er vielleicht an Bedeutung, nicht aber an Berechtigung gewann. Aus den verschiedenen Voten stachen die des Chefs des Militärdepartementes wie des Sprechers der Finanzkommission durch ihre Sachlichkeit, Ruhe und Bestimmtheit stark hervor. Der Antrag der Finanzkommission auf Streichung der Landwehrwiederholungskurse ist ihr sicher nicht leicht gefallen. Man hat den Eindruck, er habe als eine Art Ventil dienen müssen. Denn, daß nach 7 Jahren ungesetzlicher Unterlassung die Landwehrwiederholungskurse endlich wieder durchgeführt würden, durfte man füglich annehmen, umso mehr, als auch militärisch diese Kurse eine Notwendigkeit darstellen. Überall hat man mit Recht betont, daß an der Ausbildung der Armee nicht gespart werden dürfe — und will nun ausgerechnet diesen Kredit streichen! — Die Landwehr wurde ja von jeher bei uns in der Schweiz — ganz zu Unrecht — etwas stiefmütterlich behandelt. Der Weltkrieg hat ihre Bedeu-

[1]) Über diese unvermeidbaren Mängel hat Prof. Burckhardt in Bern, der bekannte Völkerrechtslehrer und Mitglied der Völkerbundsdelegation der Schweiz, eine sehr interessante Schrift „Die Unvollkommenheiten des Völkerrechts" verfaßt, in der er u. a. betont die Unmöglichkeit eines Sanktionssystems im Völkerrecht — ein Gedanke, dem er letzthin in St. Gallen in der dortigen Völkerbundsvereinigung in einem Vortrag wieder klaren Ausdruck gegeben hat.

tung unumstößlich dargetan. Die neue Truppenordnung ist daher auf enge, gleichzeitige Verwendung von Auszug- und Landwehrtruppen für dieselbe Aufgabe bedacht gewesen. Daß diese unerläßliche Zusammenarbeit aber nur spielen kann, wenn z. B. die Landwehrinfanterie mit der neuen Kampfart (die sich bei aller Einfachheit nicht von heute auf morgen so einimpfen läßt, daß das sachgemäße Verhalten der Truppe zur Selbstverständlichkeit wird) vertraut ist, dürfte auf der Hand liegen. Auch die Neuorganisation der Landwehr hätte eine Einberufung nötig gemacht, da sie sich kaum ohne faktisches Zusammentreten der Verbände, etwa nur auf dem Papier, richtig durchführen läßt.

Wenn der Nationalrat seiner Finanzkommission in der Stellungnahme gefolgt ist, so mag ihm — abgesehen davon, daß man nun einfach die Kredite für das Militär beschneiden wollte durch eine sofortige Maßnahme, — nachfolgende Überlegung den Beschluß erleichtert haben. Die 11 Tage Landwehrwiederholungskurs (Soldaten und Korporale haben während der acht Jahre, die sie in dieser Heeresklasse sind, nur einen einzigen solchen zu bestehen) sind außerordentlich kurz, um die Truppe in das neue Kampfverfahren gründlich einzuführen. Wäre daher das maßgebende Motiv bei der Streichung der Kredite gewesen, lieber keine als halbe Arbeit in der Truppenausbildung zu leisten, so müßte aus dieser Auffassung heraus die Stellungnahme des Nationalrates begrüßt werden. Doch ist dem kaum so. — Man muß bedenken, daß jedes Jahr wieder diese selbe Frage an die Räte herantritt; sie wird nicht weniger akut durch die langen Jahre, da man sie — entgegen den gesetzlichen Bestimmungen — nicht verwirklicht. Erst ca. 1932 werden alle in die Landwehr eintretenden Mannschaften zufolge ihrer Rekrutenschule und der Wiederholungskurse im neuen Kampfverfahren ausgebildet sein. Will man bis dahin warten mit der Wiederaufnahme der Landwehrwiederholungskurse? Man muß sich heute schon darüber völlig klar sein, daß die Nichteinberufung der Landwehr zu diesen Kursen einen Verzicht darauf bedeutet, daß die gesamte Armee jederzeit, d. h. auch heute schon den zu erstrebenden Grad der Kriegstüchtigkeit erlange.

Die Sozialdemokraten endlich stellten im Nationalrat ebenfalls einen Rückweisungsantrag mit dem Auftrag auf Reduktion der Militärausgaben, auf den Stand im Zeitpunkt, da der Völkerbund die Schweiz zum Beitritt einlud (war damit gemeint 1919 oder 1920?). Praktisch bedeutete diese Forderung eine Herabsetzung der Ausgaben auf 52 oder 60 Millionen. Auch hier ließen die Bürgerlichen von dem taktisch nicht ungeschickten Schachzug (nicht gänzliche Streichung, sondern nur erhebliche Reduktion der Militärkredite zu verlangen) sich nicht verwirren und lehnten den Antrag ab.

Wie es sich bei diesem Antrag der Linken lediglich um ein taktisches Manöver handelte, beweist wohl am besten die vom Basler Sozialisten Schneider sofort nach Schluß der Debatte eingereichte Motion, wonach der Bundesrat den Räten eine Vorlage unterbreiten solle, „die eine Änderung der Bundesverfassung im Sinne der vollständigen militärischen Abrüstung vorsieht".

Welches ist nun das Ergebnis der langen Debatte im Nationalrat?

Der katholisch-konservative Antrag Balestra auf Reduktion des Budgets auf 85 Millionen war schon von Walther, einem Mitglied der nämlichen Partei, in der Diskussion durch einen neuen Antrag dahin gemildert worden, unter Streichung der Landwehrwiederholungskurse, dem vom Bundesrat vorgelegten Budget für 1926 zuzustimmen, daß er aber einzuladen sei, die Ausgaben pro 1927 auf 85 Millionen zu beschränken. Als nun die Finanzkommission ihren Antrag noch in diesem Sinne redigierte, war der Rückzug der beiden andern eben erwähnten Anträge gegeben. So standen sich zuletzt nur noch drei solche gegenüber; der kommunistische auf Nichteintreten; der sozialdemokratische auf Eintreten unter Rückweisung des Militärbudgets zur Reduktion auf ca. 50 Millionen, sowie der obenerwähnte Antrag der Finanzkommission. Die beiden ersteren erfuhren eine Ablehnung mit 131 gegen 52 Stimmen, ein erfreuliches Resultat. Somit hat der Antrag der nationalrätlichen Finanzkommission gesiegt, d. h. das vorgelegte Militärbudget von 87,7 Millionen wird unter

Streichung der Kredite für die Landwehrwiederholungskurse (rund 1 Million) genehmigt. Für 1927 hat der Bundesrat Maßnahmen, event. im Wege der Revision des Militärorganisationsgesetzes von 1907, zu prüfen, wie die Ausgaben auf 85 Millionen beschränkt werden können. Somit besteht noch eine Differenz mit dem Ständerat, der bekanntlich den Kredit für die Landwehrwiederholungskurse nicht gestrichen hat. Man muß aber annehmen, daß er zur Streichung dieses Postens seitens des Nationalrates schließlich seine Zustimmung geben wird. — Übereinstimmung zwischen beiden Räten dürfte in der Vorlage über die Herabsetzung der Soldansätze herrschen (der Nationalrat hat darüber bis heute noch nicht abgestimmt). Sollte ferner, was anzunehmen ist, der Nationalrat auf die Vorlage betr. Beitrag der Rekruten von Fr. 12.— an ihr erstes Paar Schuhe nicht eintreten, so würde wohl auch diese Differenz (die Ständekammer stimmte ihr zu) durch Nachgeben des Ständerates aus der Traktandenliste verschwinden.

Damit hätte dann der Kampf um das Militärbudget 1926 für einmal sein Ende gefunden. Für die uneingeschränkte Annahme des Budgets traten im Nationalrat einzig die Bauern und die paar Liberaldemokraten ein. Schon die radikaldemokratische Fraktion machte eine Konzession (Streichung der Landwehrwiederholungskurse), weiter noch gingen die Katholisch-Konservativen; von diesen war dann ein großer Sprung zu den Sozialdemokraten und gar den Kommunisten. In der Schlußabstimmung bildeten aber die bürgerlichen Parteien eine geschlossene Front gegen die Linke.

Das Parlament hat sich also mit großer Mehrheit eindeutig auf den Boden der militärischen Landesverteidigung gestellt — ein Resultat, das nur ängstliche Gemüter nicht erwarteten, und über das man sich — trotzdem es den Stempel des alteidgenössischen Kompromisses auf der Stirne trägt, freuen darf. Zu bedauern ist aber, daß die Bundesversammlung (voran der Nationalrat) durch die Nichtwiederaufnahme der Landwehrwiederholungskurse selber das gefährliche Beispiel der Verletzung ihrer Gesetze gegeben hat, das — weil es ein schlechtes Vorbild ist, — erfahrungsgemäß nur zu leicht Schule machen kann. Nicht nur aus dem militärischen Gesichtspunkt heraus, die ganze Armee auf einen möglichst hohen Grad der Kriegstüchtigkeit zu bringen, ist die Stellungnahme des Parlamentes zu bedauern; mindestens ebenso sehr ist sie es eben wegen der dadurch bekundeten Mißachtung des Gesetzes. Was aber eine solche bedeutet, welch weitgehende Folgen sie — zumal in einer reinen Demokratie wie der unsrigen — haben kann, darüber dürften Zweifel nicht bestehen. Früher oder später muß sich in irgend einer Weise dieses Hinweggleiten über das bindende Gesetz zum Schaden der Gesamtheit auswirken. Es wird sich dann beweisen der Vorwurf, den Bundesrat Scheurer mit vollem Recht erhob, daß heutzutage nur Gegenwarts- und Gefühlspolitik getrieben wird, nicht aber Politik auf lange Sicht. Schwankendes Handeln, ein Gehen im Zickzackkurs verträgt jedoch gerade solide Arbeit im Heerwesen am allerwenigsten.

22. Dezember 1925.

Peter Hirzel.

Zur politischen Lage.

Der Streit um Mussol. — Der englische Wiederaufbau. — Die Arbeit des Faschismus. — Die Andern.

Das wichtigste Ereignis der letzten Völkerbundsversammlung ist ohne Zweifel der Entscheid über das Mossulgebiet. Er ist der hohen Versammlung nicht leicht gefallen. Sie hat ihn deshalb auch von einer Instanz zur andern, von einer Kommission zur andern verschoben, immer in der Hoffnung, daß die Zeit den ersehnten Rat noch bringen werde. Denn nichts ist in der heutigen Völkerbundsmaschinerie unwillkommener als eine klare Entscheidung für und gegen jemand. In diesem Falle war noch dazu der eine Jemand das mächtige

Großbritannien, der andere aber ein Geselle, dem das Gutemienemachen zu dem bösen Spiele doch nicht ohne weiteres zuzutrauen war. Schließlich halfen aber alle Verzögerungen nichts. In der letzten Stunde des diesmaligen Genferaufenthaltes ist der Entscheid noch gefällt worden. Er ist jetzt wirklich klar und eindeutig ausgefallen, nämlich fast restlos den englischen Wünschen entsprechend.

Zur richtigen Wertung des Vorgehens des Völkerbundes muß man sich kurz den Tatbestand vergegenwärtigen. Ich will aber hier nicht die ganze Entwicklung der Mossulfrage schildern. Ich kann dafür auf die musterhaft klare, sachliche und ruhige Arbeit von Fritz Hesse verweisen, die soeben erschienen ist.[1]) Mit dieser Veröffentlichung hat sich der Herausgeber der hier schon öfters erwähnten „Zeitschrift für Geopolitik", Prof. Haushofer, und der rührige Verlag Vowinckel sicher ein Verdienst erworben. Niemand wird das Büchlein enttäuscht aus den Händen legen. Ich kann also hier alle, die sich für dieses politische Problem interessieren, darauf verweisen und mich auf die Erwähnung der wichtigsten Haupttatsachen beschränken.

Die Mossulfrage ist noch ein Überbleibsel des Weltkrieges. Sie ist hervorgegangen aus dem zielbewußten Streben der Engländer nach der Sicherung der Verbindung und des Zusammenhanges mit ihrem wichtigsten Besitz, Indien. Diesem Bestreben rücksichtslos nachgehend, haben ja die Engländer ihre „Privatfeldzüge" von Ägypten und vom persischen Meerbusen aus gegen die Türkei unternommen. Ohne Rücksicht auf die bedrohliche Lage auf dem französischen Hauptkriegsschauplatz haben sie hier Menschen und Material in Menge eingesetzt, um ein altes Ziel ihrer Politik zu erreichen. Der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Am Ende des Krieges war Palästina nebst den angrenzenden arabischen Gebieten und fast ganz Mesopotamien in englischen Händen. Die Engländer haben es auch verstanden, bei den Friedensschlüssen diesen Gewinn zum großen Teile festzuhalten. Damit ist die ersehnte Landverbindung nach Indien in ihren Händen und zugleich ein neues wirtschaftlich wichtiges Gebiet gewonnen. Für den englischen Unternehmungsgeist und für die neuer Absatzgebiete bedürftige englische Industrie eröffnen sich damit allerlei Möglichkeiten.

An verschiedenen Punkten ergaben sich allerdings Schwierigkeiten. In Arabien, dem Vorfeld der palästinischen Schutzstellung für den Suezkanal, haben die Dinge nicht den von England gewünschten Verlauf genommen. Die Erfolge des Wahabitenführers Ibn Saud passen ihnen jedenfalls wenig in ihren Plan. Aber man wird auch hier mit der Zeit den Rank finden. Einstweilen liegt keine unmittelbare Gefahr vor.

Wichtiger waren von Anfang an die Schwierigkeiten im nördlichen Mesopotamien, eben im Mossulgebiet. Durch das überraschend schnelle Wiedererstarken der Türkei wurde die Lage hier ungemütlich. Der Versuch, dieses Wiedererstarken durch die Griechen zu unterbinden, mißlang bekanntlich glänzend. Versuche, mit der neuen Türkei in Verhandlungen zu einer Einigung zu kommen, führten ebenfalls zu keinem Ergebnis. So übergab man schließlich die Sache dem Völkerbundsrat zur Erledigung. Die ist jetzt nach zwei Jahren erfolgt.

Weshalb messen die beiden Parteien dem Mossulgebiet einen solchen Wert zu? Das Land, umfassend das Wilajet (= Provinz) Mossul, ist an und für sich schon begehrenswert. Es ist in seinen bebaubaren Teilen recht fruchtbar. Wichtiger jedoch sind die Ölvorkommen, um die ja bekanntlich in der ganzen Welt lebhaft gestritten wird. Noch wichtiger ist jedoch die Lage des Landes. Hätten es die Türken im Besitz, so könnten sie von hier aus jederzeit einen Angriff auf den englischen Teil von Mesopotamien unternehmen. Im umgekehrten Falle ist ein solcher Angriff fast unmöglich. Aber auch die Türken haben dann von den Engländern nicht viel zu befürchten. Das englische Irak ist auch ohne das Mossulgebiet wirtschaftlich und politisch kaum lebensfähig. Man begreift nun, weshalb sich die Engländer so ins Zeug gelegt haben. Ohne das Mossulgebiet muß ihr orientalischer Kriegsgewinn dauernd unsicher bleiben

[1]) Fritz Hesse: Die Mossulfrage. 1. Beiheft der Zeitschrift für Geopolitik. 68 S. mit 4 Karten. Berlin 1925, Kurt Vowinckel-Verlag.

und entsprechende militärische und finanzielle Opfer erfordern. Für die Türken ihrerseits bedeutet der Verlust des Mossulgebiets die Vernichtung einer der wesentlichsten Vorbedingungen zur Wiederherstellung des türkischen Einflusses im arabischen Gebiet. Man begreift die Hartnäckigkeit nun ebenfalls wohl, mit der sie ihre Ansprüche verteidigten.

Die beiderseitigen Begehren sind also nur zu gut verständlich. Nun wird man aber fragen, wer wohl das Recht auf seiner Seite hat? Rein rechtlich gehört das Gebiet noch den Türken, die es früher besaßen und nie darauf verzichtet haben. Aber das spielt natürlich nur eine sehr geringe Rolle. Die Bevölkerung ist zusammengesetzt aus einer starken Mehrheit von mohammedanischen Kurden, aus einer starken Minderheit von mohammedanischen Arabern, ferner aus schwachen Minderheiten von Türken und Christen. Im großen Ganzen zerfällt das Land in einen westlichen arabischen und einen östlichen kurdischen Teil. Beide sind weder besonders England- noch Türken-freundlich. Die Mehrheit der Bevölkerung würde wohl eine Selbstverwaltung am liebsten sehen, allerdings wieder in verschiedener Form. Und es ist noch sehr fraglich, ob sie dazu in irgend einer Weise fähig wäre. Die türkischen Bevölkerungsteile sind entschiedene Anhänger der Türkei, die Christen ebenso entschiedene Freunde Englands.

Bei dieser Sachlage ist es ganz klar, daß der Streit um das Mossulgebiet nichts anderes war und ist als eine reine Machtfrage. Auf diesen Standpunkt hat sich, das ist ohne weiteres ersichtlich, auch der Völkerbundsrat gestellt. Er hat deshalb das Mossulgebiet dem mächtigeren und im Völkerbunde selbst viel einflußreicheren der beiden Gegner zugesprochen. Der Rat sagt selbstverständlich dies nicht offen heraus, sondern er ruft zur Begründung seiner Entscheidung die ja vorhandenen Tatsachen an, die zu seinen Gunsten sprechen. Aber alle Welt kennt den wahren Grund dieses Entscheides ohnehin.

Soll man nun dem Völkerbundsrat aus diesem Grunde einen Vorwurf machen oder etwa gar dem ganzen Völkerbund? Das kommt ganz auf den Standpunkt des Beurteilers an. Ist er der Meinung, daß der Völkerbund eine ideale Einrichtung sei, die sich nur von rechtlichen und moralischen Erwägungen leiten lassen dürfe, so wird man um eine scharfe Verurteilung nicht herumkommen. Nimmt man den Völkerbund dagegen, wie er in Tat und Wahrheit ist, als ein politisches Instrument in den Händen der beteiligten Staaten, vor allem der Großmächte, so wird man zu einem andern Urteil kommen. Man wird dann zugeben müssen, daß der Völkerbundsrat unter den gegebenen Verhältnissen und bei der gegenwärtigen Machtlage ganz unmöglich anders entscheiden konnte. Gegen den entschlossenen Willen Englands aufzutreten, ist heute im Völkerbund nicht möglich.

Viel wird jetzt über die Folgen dieses Entscheides gesprochen. Natürlich ist die Türkei sehr ungehalten darüber. Natürlich wird dadurch auch in der mohammedanischen Welt weder England noch der Völkerbund beliebter werden. Die Türkei wird höchst wahrscheinlich die getroffene Lösung nicht anerkennen. Sie wird England weiterhin im Mossulgebiet wie im ganzen Irak alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten suchen. Es ist aber durchaus unwahrscheinlich, daß sie in der nächsten Zeit zum offenen Angriff schreiten wird. England wäre da doch ein zu starker Gegner und könnte ja überdies noch die Hilfe aller anderen Völkerbundsstaaten anrufen. Die Türken werden also wohl die Mossulfrage möglichst stark für ihre Zwecke ausschlachten, aber sie werden einstweilen Ruhe halten. Allerdings zeugt es von einer unglaublichen Verkennung der ganzen hier in Frage stehenden Probleme, wenn in einem angesehenen Schweizer Blatt den Engländern allen Ernstes der Rat gegeben wird, die ganze Frage durch eine Geldzahlung an die Türken aus dem Wege zu räumen. Die Engländer werden mit ihrem Gelde wohl Besseres anzufangen wissen. Die Türken aber werden mit oder ohne Geld ganz einfach auf den günstigen Augenblick warten, um ihre nie aufgegebenen und gewiß in ihren Augen unverjährbaren Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen. Es wird also eine dauernde Unsicherheit zurückbleiben. Das gleiche gilt jedoch überhaupt von allen Ver-

hältnissen im nahen Orient, sowohl vom türkischen, wie vom französischen, wie vom englischen Besitz.

* * *

Das Kabinett Baldwin kann den Mossulentscheid zu den übrigen Erfolgen dieses Jahres legen. Es verfolgt die nachgerade nötig gewordene Neuschaffung der britischen Weltgeltung und die Versteifung des Gefüges des Weltreiches mit eiserner Zähigkeit und mit deutlich erkennbarem Erfolg. In Europa hat sich Chamberlain durch den Abschluß des Locarno-Vertrages einigermaßen freie Hand geschaffen. Die in Mitteleuropa einstweilen unleugbar eingetretene Beruhigung erlaubt es den Briten, sich den dringlichen Aufgaben in den Kolonialgebieten mit ganzer Kraft zuzuwenden. Dazu trägt ferner die erst jüngst zu Stande gekommene Einigung zwischen Nord- und Südirland erheblich bei. Auch hier hat das Reichskabinett in letzter Stunde und mit durchschlagendem Erfolg eingegriffen. Eine stete Beunruhigung dicht am eigenen Leibe ist damit für England vorläufig beseitigt.

Im Kolonialgebiet sind ebenfalls eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. In Ägypten hat das energische Durchgreifen des Kabinetts Baldwin vorläufig Ruhe geschaffen. In Palästina ist mit der Einsetzung des neuen Gouverneurs ein erster Schritt zur Beruhigung des arabischen Elements getan worden. Die Sicherung der Straße nach Indien ist mit dem endgültigen Erwerb des Mossulgebiets stark gefördert worden. Im nahen Orient ist also die Lage heute bedeutend klarer als noch vor einem Jahr.

Die englische Regierung kann mit ihrer diesjährigen Arbeit zufrieden sein. Sie wird sich aber selbst über die Bedeutung des bisher Erreichten keinen Täuschungen hingeben. Nicht umsonst habe ich oben überall das Wörtchen vorläufig hingesetzt. Die bisher getroffenen Lösungen sind wirklich fast durchwegs nur Übergangslösungen. Die eigentlichen Schwierigkeiten und Gefahren sind damit noch nicht behoben. Noch ist das englische Weltreich weit von der vor dem Kriege erreichten Festigkeit entfernt. Man braucht nur die Namen Indien, China, Ägypten zu nennen. In allen Ecken und Enden des weiten Baues regen sich zerstörende Kräfte mit verderblicher Emsigkeit. Sie niederzuhalten, braucht gewaltige Anstrengungen. Ob es aber gar gelingt, sie unschädlich zu machen, ist durchaus zweifelhaft. Dabei ist ja nach wie vor die wirtschaftliche Lage des Kerns des Ganzen, von England selbst, vollkommen unbefriedigend. Trotz dieser Einschränkung wird man der Arbeit der Engländer seine Anerkennung kaum versagen können. Hier sind wohl von allen Staaten die positivsten Kräfte am Werk des Wiederaufbaus tätig.

* * *

Und das Italien Mussolinis wird da mancher fragen? Allen Prophezeiungen zum Trotz besteht die faschistische Herrschaft ungeschwächt weiter. Sie hat die gefährliche Zeit nach dem Matteottimord überstanden. Sie ist im letzten Jahr zum Gegenangriff vorgegangen. Die Opposition ist heute in der Öffentlichkeit so gut wie mundtot, aus dem staatlichen Leben völlig ausgeschaltet. Der Faschismus ist in seiner schärfsten Form jetzt Alleinherrscher im Staat. Schrittweise, aber unaufhaltsam baut er alles das ab, für das sich gerade unsere Väter und Großväter mit so großer Begeisterung eingesetzt haben. Alle Errungenschaften des Liberalismus werden abgeschafft. Die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Rede- und Preßfreiheit, das Recht auf freien Zusammenschluß in Vereinen oder Gewerkschaften, das Recht der Beamten auf eigene Meinung, die persönliche Bewegungsfreiheit, alles verschwindet und macht der unumschränkten Gewalt des faschistischen Staates Platz. Nicht einmal im Österreich Metternichs, das ja den Italienern so verhaßt war, hatte der Kaiser Franz derartige Befugnisse wie im modernen Italien Mussolini.

Dabei kommt das Land vorwärts. Arbeitslosigkeit ist unbekannt trotz dem fast völligen Aufhören der früher 800,000 Köpfe erreichenden Auswanderung. Das ganze Wirtschaftsleben entfaltet sich immer stärker. Die Staatsfinanzen bessern sich. Italien hat in Washington die günstigsten Bedingungen

von allen europäischen Schuldnerstaaten erhalten. Kurz, das Land festigt sich wirtschaftlich und finanziell.

Nach Außen allerdings sind bis heute keine großen Erfolge erzielt worden. Ein paar Stückchen Kolonien an der ägyptischen Grenze und in Ostafrika hat England preisgegeben. Das ist alles. In der internationalen Politik hält sich Mussolini stark zurück. Desto größer ist allerdings das von der faschistischen Presse bekanntgegebene Programm. Alle alten Ziele des Irredentismus werden da aufgezählt. Von Albanien weg über Dalmatien, Nordtirol, die italienische Schweiz, Nizza, Korsika bis Tunis reicht der Kranz der Aspirationen. Weiter bereitet man sich im nahen Orient durch den Ausbau von Rhodos zur starken Flottenbasis auf künftige, seinerzeit bereits in den Geheimverträgen erörterte Dinge vor. Ferner wird immer mehr das Recht Italiens auf weitere Kolonien betont. Kurz, der Appetit ist groß und er würde ohne Zweifel mit dem Essen noch weiter wachsen. Es ist auch kein Zweifel, daß überall fieberhafte Vorbereitungen getroffen werden, um alle diese schönen Träume bei günstiger Gelegenheit in die Tat umsetzen zu können.

Man wird Mussolini ruhig zugestehen dürfen, daß er unter allen Staatsmännern der Nachkriegszeit weitaus die stärkste Erscheinung ist. Man wird weiter der Leistung seiner Schöpfung, des Faschismus, alles mögliche gutschreiben können, wenn auch nicht gerade seine Aufführung in Südtirol, man wird sich aber doch zweierlei fragen müssen: Wie lange dauert das alles und zweitens, wie wird sich das ganze Gebäude beim Zusammenstoß mit einem äußeren Gegner bewähren? Einstweilen scheint alles eben doch nur auf den zwei Augen Mussolinis zu ruhen. Und die Kraftprobe nach außen ist noch nicht bestanden. Der Beweis der Gleichwertigkeit mit der englischen Aufbauarbeit oder gar der Beweis der Überlegenheit ist also noch nicht geliefert.

* * *

Sowohl England wie Italien gegenüber stechen die beiden andern europäischen Großmächte nicht gerade vorteilhaft ab. Deutschland kommt aus seinen ewigen Regierungskrisen nicht heraus. Noch ist kein überragender Kopf in der Führung der Geschäfte erschienen. Noch gefährlicher als diese innerpolitischen Schwierigkeiten scheinen heute die wirtschaftlichen Nöte, die nachgerade einen katastrophalen Umfang erreichen. Im übrigen kann allerdings Deutschland das Jahr 1925 als einen gewissen Wendepunkt buchen. Es rückt nach und nach wieder in die Reihe der Großmächte ein. Aber alles ist hier unsicher und zerfahren. Nur das eine ist unverkennbar: Im Volke selbst regen sich mächtige Kräfte, die ebenfalls den positiven Wiederaufbau vorbereiten und ankündigen.

Beinahe noch verworrener sind die Verhältnisse jedoch in Frankreich. Das letzte Jahr hat hier die schleichende Krise auf den verschiedensten Gebieten an die Oberfläche gebracht. In den Kolonien waren in Marokko und Syrien schwere, verlustreiche und kostspielige Kämpfe zu überstehen, die keine Machterweiterung bringen können. Sie sind noch nicht zum Abschlusse gelangt. Im europäischen Machtsystem Frankreichs zeigen sich Sprünge und Risse. Von den Vasallenstaaten im Osten ist mehr als einer in schwieriger Lage. Die Rheinpolitik gar hat sich in ihrer bisherigen Form als unhaltbar herausgestellt. Hier war ein Abbau nötig, um dessen Ausmaß man sich gegenwärtig streitet.

Schwerer noch wiegen jedoch die innern Schwächen, die jetzt offenbar geworden sind. Die finanzielle Lage wird immer bedenklicher und ein Ausweg ist nicht abzusehen. Dabei wird die innere Zerrissenheit, der Parteikampf immer schärfer. Auch hier ist infolgedessen die Regierungskrise chronisch. Die Staatsmaschinerie läuft aus allen diesen Gründen unsicher, ja vielfach leer. Das zeigt sich zuerst in den Grenzgebieten. In Elsaß-Lothringen ist die Erbitterung über das ganze Versagen des Staates und der Verwaltung so hoch gestiegen, daß sie sich jetzt in aller Öffentlichkeit in scharfer Abkehr vom heutigen Frankreich und seiner Politik bemerkbar macht. Auch dieser Teil der französischen Rheinpolitik ist gründlich verfuhrwerkt.

Frankreich muß für das vergangene Jahr also manchen Verlustposten buchen und kann an Gewinnen nur sehr zweifelhafte aufweisen (Locarno!). Immerhin darf man sich deswegen über die Kräfte des französischen Staates keinen Täuschungen hingeben. Noch hat Frankreich die weitaus stärkste Armee. Vor allem ist seine Luftwaffe am besten entwickelt und wird fortwährend noch ausgebaut. Noch steht die Großmacht Frankreich sozusagen ungeschwächt da, aber vorwärts gekommen ist sie im letzten Jahre nicht mehr.

Aarau, den 26. Dezember 1925.

Hektor Ammann.

Kultur- und Zeitfragen

Verirrte Irrlehrer.

In der Oktobernummer der „Monatshefte" hat Karl Lienhard auf die literarpolitische Überlandfahrt gezeigt, die einige Pfarrherren mit dem Zwinglikalender 1926 versuchen. Er hat sich dadurch ein Verdienst erworben, daß er auch in den Monatsheften die ernsthafte Kontrolle einer Bewegung einschaltete, die politisch und kulturell gleich verderblich gerichtet ist.

Wenn man Karl Lienhard einen freundschaftlichen Vorwurf machen darf, so ist es der, daß er seine wohlbedachte Verwahrung auf den Einzelfall des Zwinglikalenders und seiner geistlichen Herausgeber beschränkte. Er hätte freien Mutes beifügen können, daß auch zwei periodische Pfarrblätter, der „Aufbau" und „Die neuen Wege" vom selben Irrgeiste sich nähren wie der Zwinglikalender 1926. Er hätte sogar ohne Bedenken daran erinnern können, daß vor kurzen Wochen eine schweizerische Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer gegründet worden ist und daß diesem allermodernsten Verein bereits 70 Mitglieder angehören sollen.

Alle diese allgemeinen Erscheinungen und zahlreiche Pfarrkonflikte der jüngsten Zeit sind Blattern am Leibe der Kirche, vom selben Giftwasser gedunsen. Es ist eine eitrige Krankheit, die Unvorsichtige von ungesundem Geblüt anstecken kann, wenn wir ihre Grundursache nicht beizeiten erkennen und beseitigen. Bloß die anwidernden Symptome mit kalten Umschlägen zu dämpfen und die Blasen aufzustechen, erschiene uns als gefährlicher Selbstbetrug. Wir müssen durchschneiden, um in den Herd zu sehen. Dann werden wir erkennen, daß er zwar nur die schwächlicheren Naturen ganz durchseucht hat, daß er aber auch in mancher anscheinend gesunden Brust schwärt und seine Fieberkeime auch in das Blut derjenigen gestreut hat, deren natürliche Widerstandskraft sich gegen das Aufquellen der ansteckenden Beulen noch wehrt.

Die Akutkranken phantasieren im fieberhaften Antimilitarismus und fiebern im phantastischen Kommunismus herum. Die erst Angekränkelten stöhnen vom ewigen Frieden. Der Unterschied liegt nur im Grad.

Es ist nicht gerade anständig, wenn antimilitaristisch-kommunistische Pfarrherren von ihrer Kanzel herunter gegen Verfassung und Gesetz des Staates wüten, dem sie Amt und Brot verdanken. Es ist nicht sonderlich ehrlich, wenn jene Herren an den Kindern, deren Seelen ihrer geistlichen Obhut anvertraut werden, linkspolitische Proselytenmacherei üben. Es ist zum mindesten geschmacklos, wenn sie Zwingli, der in Helm und Waffen für seine Überzeugung in offener Feldschlacht fiel, zum Hofnarren ihrer antimilitärischen Verführungsszenen herunterwürdigen.

Aber ist es in Ordnung, wenn die Kirchen überhaupt das Phantom vom ewigen Frieden auf Erden zu ihrem Zentralproblem machen, wie sie das mit den jüngsten Weltkonferenzen angestrebt haben? Die Absicht dieses kirchenpolitischen Programmes ist unschwer zu erkennen. Das Nachzittern des europäischen Kriegsalbdruckes weckt bei allen denen, die sich im neuen Licht des Werktages nicht zurechtzufinden vermögen, die Sehnsucht nach Träumen von